

## **Gute Bedingungen für Wirtschaft erhalten**

### **Personenfreizügigkeit**

Informationsanlass der SP Wasseramt in Deitingen mit Daniel Lampart

Ängste abbauen und noch Unsichere zu einem Ja überzeugen – das ist das Ziel der SP vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit am 8. Februar. Über deren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sprach Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

AGNES PORTMANN-LEUPI

Die Angst der Leute um Arbeitsplätze sowie Lohndumping seien Hauptargumente zur Ablehnung der Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit vom 8. Februar. Darüber waren sich die 30 Genossinnen und Genossen der SP an der Information in Deitingen einig. Regierungsrat Peter Gomm bekräftigte: «Unter einem Nein würde der Kanton Solothurn als einer der grössten Exportkantone der Schweiz speziell leiden.»



Ob diese Ängste berechtigt sind, zeigte der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Daniel Lampart, auf. Für ihn steht fest, dass eine Ablehnung die jetzige Wirtschaftskrise in ein noch tieferes Loch führen würde. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauche es stabile Beziehungen zu Europa und gute Bedingungen für die Wirtschaft. Laut seinen Ausführungen gehen zwei Drittel aller Schweizer Exporte, rund 130 Mrd. Franken, in die EU. Bei einem Nein hätten die Firmen Mühe, im gleichen Mass in die EU zu exportieren.

### **Lohnkontrollen**

«Die flankierenden Massnahmen mit der Kontrolle des Arbeitsmarktes verhindern zudem, dass Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten», erklärte der Chefökonom. Arbeitgeber, die ausländischen Erwerbstätigen zu tiefe Löhne bezahlten und sich auf Kosten der Arbeitnehmenden einen Wettbewerbsvorteil verschaffen wollten, werden zur Rechenschaft gezogen. Die Folgen seien Lohnnachzahlungen, Bussen und im Wiederholungsfall die Sperre. «150 Lohninspektoren sind täglich im Einsatz, und bei einem Ja kommen noch 30 weitere dazu», sagte der SGB-Vertreter. Dies entspreche neu 27 000 jährlichen Kontrollen, die auch eine präventive Wirkung zeigten. Müsse ein Arbeitgeber einem EU-Bürger den Lohn eines Schweizers bezahlen, sei eine Anstellung nicht mehr interessant. Weitere Massnahmen sind laut Lampart ein Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen für die Temporärbranche sowie ein Normalarbeitsvertrag für Dienstleistungen im Haushalt.

Kein Thema ist für den Referenten die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien. Eine Zunahme im Sozialmissbrauch befürchtet er nicht. Mehrheitlich kämen gut qualifizierte Arbeitskräfte aus der EU in die Schweiz, und ein Arbeitsvertrag sei erforderlich. Die Sozialversicherungen profitierten unter dem Strich sogar von mehr Einnahmen.